

Sitzungsprotokoll

über die am Donnerstag, dem 27. November 2008 um 19.30 Uhr im Volkshaus abgehaltene

30. Gemeinderatssitzung.

Beginn: 19.30 Uhr Ende: 21.50 Uhr

Anwesend: Bgm. Hans-Jürgen Resel

Vizebgm. Ewald Beigelbeck Gf.Gde.Rat Maria Gruber Gf.Gde.Rat Alois Eder

Gf.Gde.Rat Franz Schönbichler Gf.Gde.Rat Josef Motusz Gf.Gde.Rat Hubert Lechner

Gf.Gde.Rat Ing. Gerald Aichwalder

Gde.Rat Andreas Hürner Gde.Rat Eveline Hörmann Gde.Rat Karl Schmoll Gde.Rat Ignaz Resel Gde.Rat Josef Schießl Gde.Rat Maria Engel Gde.Rat Thomas Höbling Gde.Rat Ernst Riedl Gde.Rat Kurt Starkl

Gde.Rat Hermann Buresch

Gde.Rat Ing. Johannes Eßmeister

Gde.Rat Anton Hackl Gde.Rat Erich Wolf

Vorsitz: Bgm. Hans-Jürgen Resel

Entschuldigt: Gf.Gde.Rat Franz Maierhofer

Gde.Rat Marion Löcker

Unentschuldigt: -

Schriftführer: VB Franz Prankl

Die Sitzung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

- 01 Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls.
- O2 Beratung und Beschlussfassung über die Erlassung einer neuen Wasserabgabenordnung.
- O3 Beratung und Beschlussfassung über die Erlassung einer neuen Kanalabgabenordnung.
- O4 Beratung und Beschlussfassung über die Erlassung einer neuen Friedhofsgebührenordnung.
- O5 Beratung und Beschlussfassung über Neufestsetzung des Einheitssatzes zur Berechnung der Aufschließungsabgabe.
- 06 Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag für das Haushaltsjahr 2009.
- 07 Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Planungsleistungen.
- 08 Beratung und Beschlussfassung über die Gründung einer "Fairen Gemeinde".



- 09 Subventionsansuchen.
- 10 Berichte der Ausschussobleute.

Nichtöffentliche Sitzung:

- 11 Beratung über Wirtschaftskooperation.
- 12 Personalangelegenheiten.

Erledigung

Bgm. Resel eröffnet die Sitzung, zu der die Einladung rechtzeitig mittels Kurrende ergangen ist. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates.

Bgm. Resel bringt folgende Dringlichkeitsanträge ein:

Öffentliche Sitzung:

- 8.a) Bericht über die Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss.
- 8.b) Beratung und Beschlussfassung über Antrag gemäß Liegenschaftsteilungsgesetz Teilungsplan Güterweg "Pühraweg".
- 8.c) Beratung und Beschlussfassung über Finanzierungsabwicklung betreffend Wasserversorgung.

Begründung:

In allen vorliegenden Fällen ist eine umgehende Erledigung erforderlich.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 8.a), 8.b) und 8.c) werden in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung aufgenommen.

Abstimmung: Einstimmig.

Bgm. Resel beantragt den Punkt 7.) der Tagesordnung - Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Planungsleistungen – in der nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln. Beschlussfassung in der nichtöffentlichen Sitzung.

Der Tagesordnungspunkt 7.) wird in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt.

Gegen die nunmehr festgesetzte Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1.) - Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls.

Das Protokoll der 29. Gemeinderatssitzung vom 30. Oktober 2008 wird vom Gemeinderat genehmigt und von den anwesenden Klubsprechern unterfertigt.

Punkt 2.) - Beratung und Beschlussfassung über die Erlassung einer neuen Wasserabgabenordnung.

Vizebgm. Beigelbeck berichtet über die Aufforderung des Landes NÖ betreffend einer notwendigen Gebührenerhöhung im Bereich der Wasserversorgung. Geplant wäre eine geringfügige Anhebung des Einheitssatzes um rund 2,5% von Euro 6,90 auf Euro 7,10 sowie eine Anhebung der Bereitstellungsgebühr pro m³ Nennleistung des Wasserzählers von Euro 10,-- auf Euro 20,-- (verbrauchsunabhängige Gebühr).

Die Fraktion BLS spricht sich gegen eine Erhöhung der Gebühren in den Tagesordnungspunkten 2-5 aus; es sollten dafür Einsparungen getätigt werden.



Auch Gde.Rat Wolf spricht sich generell gegen Gebührenerhöhungen aus.

Vizebgm. Beigelbeck verweist darauf, dass keine Kostendeckung mehr gegeben ist und auf Grund der Richtlinien zur Vergabe der Bedarfszuweisungen die Gemeinde reagieren müsse.

<u>Beschluss</u>

Der Gemeinderat beschließt folgende

WASSERABGABENORDNUNG

für die öffentliche Gemeindewasserleitung St. Leonhard am Forst der Marktgemeinde St. Leonhard am Forst:

§ 1

In der Marktgemeinde St.Leonhard am Forst werden folgende Wasserversorgungsabgaben und Wassergebühren erhoben.

- a) Wasseranschlussabgaben
- b) Ergänzungsabgaben
- c) Sonderabgaben
- d) Wasserbezugsgebühren
- e) Bereitstellungsgebühren

<u>§ 2</u>

Wasseranschlussabgabe

- (1) Der Einheitssatz für die Berechnung der Wasseranschlussabgabe für den Anschluss an die öffentliche Gemeindewasserleitung wird gemäß § 6 Abs. 5 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 mit EUR 7,10 festgesetzt.
- (2) Gemäß § 6 Abs. 5 und 6 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 wird für die Ermittlung des Einheitssatzes (Abs. 1) eine Baukostensumme von **EUR 4.456.345,--** und eine Gesamtlänge des Rohrnetzes von **25.500** lfm zugrunde gelegt.

§ 3

Ergänzungsabgabe

Bei Änderung der Berechnungsfläche für eine angeschlossene Liegenschaft wird eine Ergänzungsabgabe auf Grund der Bestimmungen des § 7 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 berechnet.

§ 4

Sonderabgabe

- (1) Eine Sonderabgabe gemäß § 8 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 ist zu entrichten, wenn wegen der Zweckbestimmung der auf der anzuschließenden Liegenschaft errichteten Baulichkeiten ein über den ortsüblichen Durchschnitt hinausgehender Wasserverbrauch zu erwarten ist und die Gemeindewasserleitung aus diesem Grunde besonders ausgestaltet werden muss.
- (2) Eine Sonderabgabe ist aber auch dann zu entrichten, wenn die auf einer an die Gemeindewasserleitung angeschlossenen Liegenschaft bestehenden Baulichkeiten durch Neu-, Zu- oder Umbauten so geändert werden, dass die im Abs. 1 angeführten Voraussetzungen zutreffen.
- (3) Die Sonderabgabe darf den durch die besondere Inanspruchnahme erhöhten Bauaufwand nicht übersteigen.

<u>§ 5</u>

<u>Bereitstellungsgebühren</u>

- (1) Der Bereitstellungsbetrag wird mit **EUR 20,--** pro m³/h festgesetzt.
- (2) Die Bereitstellungsgebühr ist das Produkt der Nennbelastung des Wassermessers (in m³/h) mal dem Bereitstellungsbetrag. Daher beträgt die jährliche Bereitstellungsgebühr:



| Wassermesser- Nennleistung in m³/h | mal | Bereitstellungs- betrag in EUR pro m³/ h | = | Bereitstellungs- gebühr in EUR |
|--|-----|--|---|-----------------------------------|
| 3 7 | | 20, | | 60, 140, |
| 10 | | 20, | | 200, |
| 20 | | 20, | | 400, |
| | | | | |

§ 6

Grundgebühr zur Berechnung der Wasserbezugsgebühr

(1) Die Grundgebühr gemäß § 10 Abs. 5 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 wird für 1 m³ Wasser mit **Euro 1,30** festgesetzt.

§ 7

Ablesungszeitraum, Entrichtung der Wasserbezugsgebühr und der Bereitstellungsgebühr

- (1) Die Wasserbezugsgebühr wird auf Grund einer einmaligen Ablesung im Kalenderjahr gemäß § 11 Abs. 1 und 2 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 berechnet. Der Ablesungszeitraum beträgt daher 12 Monate. Er beginnt mit 1. Oktober und endet mit 30. September.
- (2) Für die Bezahlung der so berechneten Wasserbezugsgebühr werden zwei Teilzahlungszeiträume wie folgt festgelegt:
 - 1. vom 01.10. 31.03.
 - 2. vom 01.04. 30.09.

Die auf Grund der einmaligen Ablesung festgesetzte Wasserbezugsgebühr wird auf die Teilzahlungszeiträume zu gleichen Teilen aufgeteilt. Die einzelnen Teilbeträge sind jeweils am 15. Mai und 15. November fällig. Die Abrechnung der festgesetzten Teilzahlungen mit der auf Grund der Ablesung errechneten Wasserbezugsgebühr erfolgt im letzten Teilzahlungszeitraum jedes Kalenderjahres und werden die Teilbeträge für die folgenden Teilzahlungsräume neu festgesetzt.

- (3) Die jährliche Bereitstellungsgebühr ist in gleichen Teilbeträgen gleichzeitig mit den Teilzahlungen für die Wasserbezugsgebühr zu entrichten.
- (4) Die Entrichtung der Wasserbezugs- und Bereitstellungsgebühr hat durch Einzahlung mittels Erlagschein oder Zahlschein auf ein Konto des Gemeindeverbandes für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk Melk, 3240 Mank, Wieselburger Straße 2, zugunsten der Marktgemeinde St. Leonhard am Forst, zu erfolgen.

<u>§ 8</u>

<u>U m satzsteuer</u>

Zusätzlich zu sämtlichen Abgaben und Gebühren nach dieser Wasserabgabenordnung gelangt die gesetzliche Umsatzsteuer auf Grund des Umsatzsteuergesetzes 1994, in der jeweils geltenden Fassung, zur Verrechnung.

<u>§ 9</u>

Inkrafttreten

Diese Wasserabgabenordnung tritt mit dem Monatsersten, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist zunächst folgt in Kraft. Auf Abgabentatbestände, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung verwirklicht wurden, ist der bis dahin geltende Abgabensatz anzuwenden. **Abstimmung:** 13 JA-Stimmen, 8 Gegenstimmen (Fraktion SPÖ, BLS und Gde.Rat Wolf).



Gegenständliche Verordnung wird dem Amt der NÖ Landesregierung zur Verordnungsprüfung vorgelegt.

Punkt 3.) - Beratung und Beschlussfassung über die Erlassung einer neuen Kanalabgabenordnung.

Analog zu den Wassergebühren ist auch hier eine geringfügige Anhebung der Einheitssätze für die Anschlussgebühren sowie der Kanalbenützungsgebühren um rund 2,5% notwendig. **Beschluss**

Der Gemeinderat beschließt folgende

KANALABGABENORDNUNG

für die Gemeinde St. Leonhard am Forst:

§ 1

In der Marktgemeinde St. Leonhard am Forst werden Kanalerrichtungsabgaben (Kanaleinmündungs-, Ergänzungs- und Sonderabgaben) und Kanalbenützungsgebühren nach Maßgabe der Bestimmungen des NÖ Kanalgesetzes 1977 erhoben.

§ 2

A. Einmündungsabgabe für den Anschluss an oder die Umgestaltung in einen öffentlichen

Mischwasserkanal

- Der Einheitssatz für die Berechnung der Kanaleinmündungsabgaben für die Einmündung in den öffentlichen Mischwasserkanal wird gemäß § 3 Abs.3 des NÖ Kanalgesetzes 1977 mit <u>EUR 11,50</u> festgesetzt.
- 2. Gemäß § 6 Abs.2 des NÖ Kanalgesetzes 1977 wird für die Ermittlung des Einheitssatzes (Abs.1) eine Baukostensumme von **EUR 4.533.034,--** und eine Gesamtlänge des Mischwasserkanales von Ifm **12.663** Ifm zugrunde gelegt.
 - B. Einmündungsabgabe für den Anschluss an oder die Umgestaltung in einen öffentlichen

Schmutzwasserkanal

- 1. Der Einheitssatz für die Berechnung der Kanaleinmündungsabgaben für die Einmündung in den öffentlichen Schmutzwasserkanal wird gemäß § 3 Abs.3 des NÖ Kanalgesetzes 1977 mit **EUR 9,80** festgesetzt.
- 2. Gemäß § 6 Abs.2 des NÖ Kanalgesetzes 1977 wird für die Ermittlung des Einheitssatzes (Abs.1) eine Baukostensumme von **EUR 4.790.388,--** und eine Gesamtlänge des Schmutzwasserkanalnetzes von Ifm **18.586** zugrunde gelegt.
 - C. Einmündungsabgabe für den Anschluss an den öffentlichen

Regenwasserkanal

 Der Einheitssatz für die Berechnung der Kanaleinmündungsabgabe für die Einmündung in den öffentlichen Regenwasserkanal wird gemäß § 3 Abs.3 des NÖ Kanalgesetzes 1977 mit <u>EUR 3,40</u> festgesetzt.



2. Gemäß § 6 Abs.2 des NÖ Kanalgesetzes 1977 wird für die Ermittlung des Einheitssatzes (Abs.1) eine Baukostensumme von **EUR 583.671,--** und eine Gesamtlänge des Regenwasserkanalnetzes von lfm. **2.301** zugrunde gelegt.

§ 3

Ergänzungsabgaben

Der Einheitssatz für die Berechnung der Kanaleinmündungsabgabe ist in gleicher Höhe für die Berechnung der Ergänzungsabgaben zur Kanaleinmündungsabgabe anzuwenden.

§ 4

Sonderabgaben

Ergibt sich aus § 4 des NÖ Kanalgesetzes 1977 die Verpflichtung zur Entrichtung einer Sonderabgabe, ist diese Abgabe mit Abgabenbescheid vorzuschreiben. Sie darf den durch die besondere Inanspruchnahme erhöhten Bauaufwand nicht übersteigen.

§ 5

Vorauszahlungen

Gemäß § 3a des NÖ Kanalgesetzes 1977 sind Vorauszahlungen auf die gemäß § 2 leg.cit. zu entrichtenden Kanaleinmündungsabgaben in der Höhe von 80 % der gemäß § 3 NÖ Kanalgesetz 1977 ermittelten Kanaleinmündungsabgaben zu erheben.

§ 6

Kanalbenützungsgebühren fürden

- a) Mischwasserkanal
- b) Schmutzwasserkanal
- c) Schmutz- und Regenwasserkanal (Trennsystem)
- Zur Berechnung der laufenden Gebühren für die Benützung der öffentlichen Kanalanlage (Kanalbenützungsgebühr) werden für die Schmutzwasserentsorgung folgende Einheitssätze festgesetzt:

a) Mischwasserkanal: EUR 2.00

b) Schmutzwasserkanal: EUR **2,00**

c) Schmutz- und Regenwasserkanal (Trennsystem): EUR 2,00

§ 7

Zahlungstermine

Die Kanalbenützungsgebühren sind im vorhinein in vierteljährlichen Teilzahlungen und zwar jeweils bis 15.Februar, 15.Mai, 15.August und 15.November durch Einzahlung mittels Erlagschein oder Zahlschein auf ein Konto des Gemeindeverbandes für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk Melk, 3240 Mank, Wieselburger Straße 2, zugunsten der Marktgemeinde St. Leonhard am Forst, zu entrichten.

§ 8

Ermittlung der Berechnungsgrundlagen

Zwecks Ermittlung der für die Gebührenbemessung maßgeblichen Umstände haben die anschlusspflichtigen Grundeigentümer die von der Gemeinde hiefür aufgelegten Fragebögen innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung ausgefüllt bei der Gemeinde abzugeben.



Allenfalls werden die Berechnungsgrundlagen durch Gemeindeorgane (Kommission) unter Mitwirkung der betreffenden Grundstückseigentümer ermittelt.

§ 9

Umsatzsteuer

Zusätzlich zu sämtlichen Abgaben und Gebühren nach dieser Kanalabgabenordnung gelangt die gesetzliche Umsatzsteuer auf Grund des Umsatzsteuergesetzes 1994, in der jeweils geltenden Fassung, zur Verrechnung.

§ 10

Schlussbestimmung

- 1. Diese Kanalabgabenordnung tritt mit dem Monatsersten, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist zunächst folgt (§ 11 NÖ Kanalgesetz 1977) in Kraft.
- 2. Auf Abgabentatbestände für Kanaleinmündungsabgaben, Ergänzungsabgaben und Sonderabgaben sowie für Kanalbenützungsgebühren, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung verwirklicht wurden, sind die bis dahin geltenden Abgaben- und Gebührsätze anzuwenden.

Abstimmung: 13 JA-Stimmen, 8 Gegenstimmen (Fraktion SPÖ, BLS und Gde.Rat Wolf).

Gegenständliche Verordnung wird dem Amt der NÖ Landesregierung zur Verordnungsprüfung vorgelegt.

Punkt 4.) - Beratung und Beschlussfassung über die Erlassung einer neuen Friedhofsgebührenordnung.

Auch im Bereich der Friedhofsgebühren erging die Aufforderung des Landes NÖ zur Gebührenanhebung zur Defizitabdeckung.

Die Erneuerungsgebühren (10-Jahres-Sätze) sollen um rund 5 % angehoben werden. Die Beerdigungsgebühren sollen mit Euro 300,-- und Euro 100,-- (Kindergräber) festgesetzt werden. Der Tagsatz für die Aufbahrungshalle ist mit Euro 26,-- vorgesehen.

Vizebgm. Beigelbeck betont, dass die geplante Erhöhung der Beerdigungsgebühr auf Euro 300,-- die tatsächlichen Kosten nicht abdeckt. Die Gemeinde müsste rund Euro 440,-- einheben, wenn alle Kosten hinein gerechnet werden würden.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt folgende

Friedhofsgebührenordnung nach dem NÖ Bestattungsgesetz 2007

für den Friedhof der Marktgemeinde St. Leonhard am Forst

§ 1 Arten der Friedhofsgebühren

Für die Benützung des Gemeindefriedhofes werden eingehoben:

- a) Grabstellengebühren
- b) Verlängerungsgebühren
- c) Beerdigungsgebühren
- d) Enterdigungsgebühren
- e) Gebühren für die Benützung der Leichenkammer und der Aufbahrungshalle.



§ 2 Grabstellengebühren

(1) Die Grabstellengebühr für die Überlassung des Benützungsrechtes auf 10 Jahre bei Erdgrabstellen und Urnengräbern bzw. auf 30 Jahre bei gemauerten Grabstellen beträgt für

| a) einzelne Reihengräber (Erdgrabstelle) | EUR | 84, |
|---|--------------------------|--------------------------------------|
| b) Familiengräber (Erdgrabstelle), und zwar1. zur Beerdigung bis zu 2 Leichen2. zur Beerdigung bis zu 4 Leichen3. von mehr als 4 Leichen | EUR EUR EUR | 137, 200, 305, |
| c) Grüfte (gemauerte Grabstellen) und zwar 1. zur Beisetzung bis zu 3 Leichen 2. zur Beisetzung bis zu 6 Leichen 3. zur Beisetzung bis zu 12 Leichen 4. von mehr als 12 Leichen | EUR EUR EUR EUR | 1.850, 2.780, 4.040, 5.050, |
| d) Gräber (Erdgrabstelle), und zwar1. zur Beisetzung bis zu 4 Urnen2. zur Beisetzung bis zu 8 Urnen3. von mehr als 8 Urnen | EUR EUR EUR | 140, 200, 305, |
| e) Urnennischen, und zwar 1. zur Beisetzung bis zu 2 Urnen 2. zur Beisetzung bis zu 4 Urnen 3. zur Beisetzung bis zu 8 Urnen 4. von mehr als 8 Urnen | EUR EUR EUR EUR | 760, 1.010, 1.470, 1.680, |
| f) Kindergrab | Euro | 40, |

(2) Für **Randgräber** erhöhen sich die im Abs. (1) vorgesehenen Gebühren um **10 v.H**., für Grabstellen an der **Friedhofsmauer** um **20 v.H.** des jeweiligen Gebührensatzes.

§ 3 Verlängerungsgebühren

- (1) Für Erdgrabstellen wird die Verlängerungsgebühr (für die weitere Verlängerung des Benützungsrechtes auf jeweils 10 Jahre) mit dem gleichen Betrag festgesetzt, der für solche Gräber als Grabstellengebühr zu entrichten ist.
- (2) Für gemauerte Grabstellen wird die Verlängerungsgebühr (für die weitere Verlängerung des Benützungsrechtes auf jeweils 10 Jahre) mit einem Drittel des Betrages festgesetzt, der für solche Gräber als Grabstellengebühr zu entrichten ist.

§ 4 Beerdigungsgebühren

(1) Die Beerdigungsgebühr für das Öffnen und Schließen der Grabstelle und die Bereitstellung des Versenkungsapparates beträgt bei:

| a) Erdgrabstellen | EUR | 300, |
|--|-----|------|
| b) Kindergräbern | EUR | 100, |
| c) Urnengräbern | EUR | 100, |
| d) Grüften | EUR | 400, |
| e) Erdgrabstellen mit Deckel (blinde Grüfte) | EUR | 450, |

26.--



(2) Die Beerdigungsgebühr von Leichen von Kindern beträgt die Hälfte der im Absatz 1 festgesetzten Gebührensätze.

Die angegebenen Beerdigungsgebühren beinhalten nicht das Entfernen der Hecken, Sträucher, Bäume, Wurzeln, etc., Schremmarbeiten durch Fundamente und Grabteile. Es wird der tatsächliche Zeitaufwand zum ortsüblichen Preis bzw. Gerätebeistellung (Kompressor) zu den festgesetzten Beerdigungsgebühren dazugerechnet.

Für Beerdigungen an **Samstagen** wird ein **Zuschlag von 50** % verrechnet. An Sonn- und Feiertagen findet keine Beerdigung statt.

§ 5 Enterdigungsgebühren

Die Enterdigungsgebühr (für die Enterdigung - Exhumierung - einer Leiche) beträgt das **Zweieinviertelfache** der jeweiligen Beerdigungsgebühr.

§ 6 Gebühren für die Benützung der Leichenkammer und der Aufbahrungshalle

| (1) Die Gebühr für die Benützung der Leichenkammer (1) | Kühlanlage) | |
|---|-------------|-----|
| beträgt für jeden angefangenen Tag | EUR | 26, |
| | | |

(2) Die Gebühr für die Benützung der **Aufbahrungshalle** beträgt **für jeden angefangenen Tag** EUR

§ 7 Schluss- und Übergangsbestimmungen

Diese Friedhofsgebührenordnung wird mit dem Monatsersten rechtswirksam, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgt, das ist der 1. Jänner 2009.

Zugleich tritt die Friedhofsgebührenordnung vom 6. Dezember 2007 außer Kraft.

Abstimmung: 16 JA-Stimmen, 5 Gegenstimmen (Fraktions BLS, Gde.Rat Starkl, Gde.Rat Wolf).

Gegenständliche Verordnung wird dem Amt der NÖ Landesregierung zur Verordnungsprüfung vorgelegt.

Punkt 5.) - Beratung und Beschlussfassung über Neufestsetzung des Einheitssatzes zur Berechnung der Aufschließungsabgabe.

Bei der Budgetbesprechung mit dem Land NÖ wurde darauf hingewiesen, dass der Einheitssatz zur Berechnung der Aufschließungsabgabe unter dem Bezirksdurchschnitt von Melk und Scheibbs liegt.

Eine Erhöhung von 300,-- auf 315,-- wird vorgeschlagen.

Beschluss

Der Gemeinderat der Marktgemeinde St. Leonhard am Forst erlässt folgende

Verordnung

Gemäß § 38 Abs. 6 der NÖ Bauordnung 1996, LGBI. 8200-14, wird der Einheitssatz für die Berechnung der Aufschließungsabgabe mit **EUR 315,--** festgesetzt.



Diese Verordnung wird gemäß § 59 Abs. 1 der NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBI. 1000-13, mit **01. Jänner 2009** rechtswirksam.

Zugleich tritt die Verordnung über die Festsetzung des Einheitssatzes vom 24. November 2005 außer Kraft.

Auf Abgabentatbestände, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung verwirklicht wurden, ist der bis dahin geltende Einheitssatz anzuwenden.

Abstimmung: 16 JA-Stimmen, 5 Gegenstimmen (Fraktions BLS, Gde.Rat Riedl, Gde.Rat Wolf).

Gegenständliche Verordnung wird dem Amt der NÖ Landesregierung zur Verordnungsprüfung vorgelegt.

Punkt 6.) - Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag für das Haushaltsjahr 2009.

Bgm. Resel berichtet über den vorliegenden Voranschlagsentwurf 2009.

Es sind sehr lange und sachliche Diskussionen vorangegangen. Im Vorfeld wurden auch die Fraktionsobleute eingeladen, Ideen und Lösungsansätze einzubringen.

Während der Auflagefrist sind keine schriftlichen Stellungnahmen eingelangt.

Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden, dass der Voranschlag nur im Gesamtüberblick und in den "Grobzahlen" präsentiert wird.

Der erstellte Voranschlag 2009 weist im ordentl. Haushalt folgende Gruppensummen auf:

| | | Einnahmen | Ausgaben |
|---|---|------------|------------|
| 0 | Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung | 425.900, | 817.500, |
| 1 | Öffentliche Ordnung und Sicherheit | 800, | 43.500, |
| 2 | Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft | 79.400, | 774.700, |
| 3 | Kunst, Kultur und Kultus | 7.900, | 255.700, |
| 4 | Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung | -, | 304.600, |
| 5 | Gesundheit | 2.800, | 492.700, |
| 6 | Straßen- und Wasserbau, Verkehr | 3.100, | 64.600, |
| 7 | Wirtschaftsförderung | 17.100, | 113.100, |
| 8 | Dienstleistungen | 1.282.000, | 1.600.400, |
| 9 | Finanzwirtschaft | 2.869.800, | 222.000, |
| | | 4.688.800, | 4.688.800, |

Begründet durch die Möglichkeit der Zuführung an den a.o. Haushalt mit Euro 205.000,--stellt der Bürgermeister nachstehende Vorhaben zur Diskussion:

| | 60.000 |
|---------|---|
| 60.000 | |
| | |
| 30.000 | |
| 30.000 | |
| | |
| | 90.000 |
| | 80.000 |
| 80.000 | |
| | |
| 80.000 | |
| | |
| | 380.000 |
| 40.000 | |
| 200.000 | |
| 110.000 | |
| 10.000 | |
| | |
| | |
| 13.000 | |
| | 30.000 30.000 80.000 80.000 40.000 200.000 |



| Finanzierung: Darlehensaufnahme FSA Bedarfszuweisung Kostenbeitrag Land Beitrag NAFES Interessentenbeiträge f. Güterwege Zuführung vom ordentl. Haushalt Zuführung vom A.ordentl.Haushalt | 150.000 70.000 10.000 30.000 10.000 31.000 79.000 | |
|---|---|-----------|
| Güterwege-Instandhaltung Instandhaltungsmaßnahmen Finanzierung: | 70.000 | 70.000 |
| Bedarfszuweisung Beihilfe des Landes, Güterwegebau Zuführung vom ordentl. Haushalt | 17.500 1 17.500 35.000 | |
| Ufer- und Hochwassersicherung Hochwasserschutzbauten | 240.000 | 240.000 |
| Finanzierung: Bundesbeitrag Landesbeitrag Zuführung vom a.o. Haushalt | 86.000 87.500 66.500 | |
| Themenwege Straßenbauten (Baukosten) Baukostenbeiträge Land Baukostenbeiträge Unternehm. Finanzierung: Sonstige Einnahmen, Tourismusf. Landesbeitrag Zuführung vom ordentl. Haushalt | 10.000 3.000 9.000 2.000 3.000 17.000 | 22.000 |
| Wirtschaftskooperation Regional Baukostenbeitrag | | 40.000 |
| Finanzierung: Kostenbeiträge Eco-Plus Zuführung vom ordentl. Haushalt | 13.000 27.000 | |
| Schlossteich-Sanierung Sonderanlagen Finanzierung: | 55.000 | 55.000 |
| Sonstige Einnahmen Kostenbeiträge Land Zuführung vom ordentl. Haushalt | 5.000 15.000 35.000 | |
| <u>Finanzierung:</u> | <u>peration</u> 1.100.000 | 1.100.000 |
| Bankdarlehen Bedarfszuweisungen Landesbeiträge | 70.000 30.000 | |
| Grundverkehr und Aufschließung Grunderwerbskosten Zuführung an den a.o. Haushalt Finanzierung: | 154.500 145.500 | 300.000 |
| Erlös aus Grundverkauf Soll-Überschuss Vorjahr | 25.000 275.000 | |



| Amtshaus-Sanierung Baukosten Finanzierung: | 30.000 | 30.000 |
|---|------------|---------|
| Zuführung vom ordentl. Haushalt | 30.000 | |
| Veranstaltungszentrum-Volkshau | <u>ıs</u> | 460.000 |
| Baukosten | 460.000 | |
| <u>Finanzierung:</u> Rücklagenentnahme | 300.000 | |
| Bankdarlehen | 100.000 | |
| Bedarfszuweisungen | 40.000 | |
| Landesbeiträge | 20.000 | |
| Wasserversorgung | | 445.000 |
| Baukosten Bauprogramm WVA | 290.000 | |
| Wasserleitungserweiterungen | 5.000 | |
| Rücklagen-Rückführung | 150.000 | |
| Finanzierung: | | |
| Bankdarlehen | 375.000 | |
| Anschlussgebühren | 15.000 | |
| Beitrag NÖ LWWF | 30.000 | |
| Bauko.Beitrag Gde.Ruprechtshofer | 25.000 | |
| Abwasserbeseitigung | | 195.000 |
| Baukosten Abwasserbeseitigung | 183.000 | |
| Baukosten Abwasserbeseitigung E | rw. 12.000 | |
| <u>Finanzierung:</u> Rücklagenentnahme | 60.000 | |
| Bankdarlehen | 60.000 | |
| Kanal-Einmündungsgebühren | 25.000 | |
| Beitrag NÖ LWWF | 50.000 | |
| B. 1.1. | | 4.400 |
| <u>Darlehensverrechnung</u> Zinsen f. Finanzschulden a.o. Haus | halt 1 100 | 1.100 |
| | mait 1.100 | |
| Finanzierung: NÖ WWF WVA BA 03 | 200 | |
| NÖ WWF WVA BA 04 | 100 | |
| NÖ WWF ABA BA 06 | 500 | |
| NÖ WWF ABA BA 07 | 100 | |
| NÖ WWF ABA BA 08 | 100 | |
| NÖ WWF ABA BA 09 | 100 | |
| | | |

Für den a.o. Voranschlag ergibt sich eine Gesamtsumme von Aus dem ordentlichen Haushalt werden 205.000 € zugeführt. **€ 3.478.100**

Für folgende Vorhaben wird um Bedarfszuweisung angesucht:

| Gemeindestraßenbau | 70.000 € |
|--|----------|
| Güterwege-Instandhaltung | 17.500 € |
| Freizeitanlagen-Wirtschaftskooperation | 70.000 € |
| Veranstaltungszentrum-Volkshaus | 40.000 € |

Bedarfszuweisung I (ordentlicher Haushalt) 95.800 €.



Der erstellte Voranschlag für das Jahr 2009 weist im ordentlichen Haushalt eine Gesamtsumme von 4.688.800 € und im außerordentlichen Haushalt eine Gesamtsumme von 3.478.100 € auf; Gesamtbudget somit 8.166.900 €.

Der Schuldenstand zum 31.12.2008 beträgt voraussichtlich 4.040.400 €. Bei Darlehensaufnahmen in Höhe von 1.686.100 € und Darlehenstilgungen in Höhe von 218.000 € ergäbe sich per 31.12.2009 ein Schuldenstand von 5.508.500 €.

Die Darlehenszinsen betragen für das Jahr 2009 227.800 €, die Darlehensersätze (großteils Zinsenzuschüsse) betragen 104.000 €.

<u>Aufteilung des Schuldenstandes per 31.12.2009 nach Schuldarten</u>

| Schuldart 1 (Schulden, deren Schuldendienst mehr als zur Hälfte | 323.600, € |
|--|--------------|
| aus allg. Deckungsmitteln getragen werden) | |
| Schuldart 2 (Schulden, deren Schuldendienst zur Gänze oder mind. | 5.184.900, € |
| zur Hälfte durch Gebühren etc. gedeckt werden) | |

In der Schuldart 2 sind auch anteilige Darlehensbeträge der Gemeinde Ruprechtshofen inkludiert (z.B. gemeinsame Wasserversorgungsanlage, Freizeitanlagen-Wirtschaftskooperation).

Der Schriftführer bringt die Eckdaten des mittelfristigen Finanzplanes zur Kenntnis.

Gde.Rat Ing. Eßmeister betont, dass seiner Meinung nach für die geplanten Vorhaben die Finanzierung nicht gesichert erscheint. Man müsse auf alle Fälle vor irgend welchen Entscheidungen deren Finanzierbarkeit abklären.

Vizebgm. Beigelbeck berichtet über die Budgetbesprechung mit dem Land NÖ. Es ist für ca. Februar eine Finanzierungsbesprechung geplant, wo das Finanzierungsvolumen abgesteckt werden muss, bevor Projekte gestartet werden.

Der Bürgermeister ersucht nun den Gemeinderat um Zustimmung zu diesem Voranschlagsentwurf.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt den Voranschlag 2009 in der vorgelegten Form (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt), den Haushaltsbeschluss zur Einhebung der Gemeindesteuern-, -abgaben und –gebühren, den Darlehensrahmen mit € 1.686.100,-- sowie den Rahmen für einen Kassenkredit mit € 463.000,--, den zur Kenntnis gebrachten Dienstpostenplan sowie den Mittelfristigen Finanzplan (Vorschau bis ins Jahr 2012).

Abstimmung: 16 JA-Stimmen, 4 Gegenstimmen (Fraktion BLS, Gde.Rat Wolf) und 1 Stimmenthaltung (Gde.Rat Riedl)

Der Bürgermeister bedankt sich abschließend für das Interesse und die Mitarbeit bei der Voranschlagserstellung.

Punkt 7.) - Beratung und Beschlussfassung über Vergabe von Planungsleistungen.

Dieser Tagesordnungspunkt ist im Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung enthalten.

Punkt 8.) - Beratung und Beschlussfassung über die Gründung einer "Fairen Gemeinde".

Bgm. Resel berichtet über Gespräche mit den örtlichen Verantwortlichen von Fair Trade. Die Gemeinde sollte einen Grundsatzbeschluss zur Gründung einer "Fairen Gemeinde" fassen. Folgende Überlegungen spielen dabei eine Rolle:



Wir wollen eine "Faire Gemeinde" sein - Leitideen einer Fairen Gemeinde GLOBALES HANDELN – LOKAL GEMACHT. Die Gemeinde achtet darauf, nachhaltig erzeugte Produkte aus der Region bevorzugt zu verwenden. Wenn Produkte aus Entwicklungsländern verwendet werden wie Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Bananen, dann solche aus dem Fairen Handel. Gemeinden kaufen Produkte aus dem Fairen Handel und informieren im Sinne der Vorbildwirkung ihre BürgerInnen darüber. Gemeinden setzen Zeichen und unterstützen Aktionen der Solidarität im Einsatz für benachteiligte Menschen in ihrer Region und in Entwicklungsländern - der Faire Handel ist dafür eine Möglichkeit.

Das Projekt ruht auf den 2 Säulen "Fairer Handel" und "Solidarität". Fairer Handel: Regional – Saisonal – Biologisch – Fair gehandelt. Prinzipiell sollen Produkte aus heimischer Landwirtschaft bevorzugt werden. Wenn aber Produkte aus Entwicklungsländern verwendet werden, wie z.B. Kaffee, Schokoladen, Bananen, Orangen und Gewürze, dann solche aus fairem Handel (= gerechte Entlohnung der Arbeit und überprüfter biologischer Anbau, keine ausbeuterische Kinderarbeit, kein Raubbau).

5 Ziele:

- 1. Die Gemeinde bekennt sich zu FAIRTRADE (Gemeinderatsbeschluss)
- 2. Engagement in der FAIRTRADE Gruppe (Termin am 3.12., 19.00 Uhr GA)

3. FAIRTRADE Produkte leicht verfügbar

FAIRTRADE Produkte sind in lokalen Geschäften leicht verfügbar und werden in lokalen Gastronomiebetrieben (z.B.: Gasthäuser, Kaffeehäusern) angeboten. Die Bevölkerung wird regelmäßig über das FAIRTRADE Angebot informiert (Erstellung eines Einkaufsführers).

4. Lobbying in der heimischen Wirtschaft

FAIRTRADE Produkte werden in Betrieben, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Pfarren usw. verwendet. Ein Vorzeigeunternehmen wird gewonnen das auf FAIRTRADE Produkte umstellt.

5. FAIRTRADE bewerben

In der Gemeinde wird FAIRTRADE durch regelmäßige Berichterstattung in gemeindeeignen Publikationen, Aussendungen etc. und auch auf der Homepage zum Thema gemacht. Veranstaltungen werden organisiert um das Bewusstsein der Bevölkerung für FAIRTRADE zu stärken (jährliche Veranstaltung zum internationalen FAIRTRADE Tag). Am Gemeindeamt und in weiteren Einrichtungen wird mit Plakaten, Aufklebern, Flyer etc. auf FAIRTRADE aufmerksam gemacht.

Gde.Rat Wolf hält von dem wenig. Man sollte das forcieren, was man selber im eigenen Land und in der Region hat.

Bgm. Resel erklärt noch, dass es schon auch um regionale Produkte sowie um Produkte geht, die nicht regional bzw. heimisch sind und bei uns gehandelt werden.

Beschluss

Der Gemeinderat fasst den Grundsatzbeschluss zur Gründung einer "Fairen Gemeinde" auf Basis der oben angeführten 5 Punkte bzw. Ziele.

Abstimmung: 20 JA-Stimmen, 1 Gegenstimme (Gde.Rat Wolf).

Punkt 8.a) - Bericht über die Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss.

Der Obmann des Prüfungsausschusses, Gde.Rat Ernst Riedl, berichtet über die am 24. November 2008 durchgeführte Gebarungsprüfung.

Die Belege wurden stichprobenartig geprüft und für in Ordnung befunden.



Weitere Punkte der Prüfung:

Vereinbarung Fernwärmegenossenschaft

Der Vertrag wurde bisher eingehalten. Im Sommer 2009 sollen nochmals die vereinbarten Punkte kontrolliert werden.

Kleinregion Melktal

Die Kleinregion habe – so wie sie jetzt vorliege – keine Zukunft. Es fehle eine Führungspersönlichkeit, die effizient Punkte umsetze. Es soll überlegt werden, ob positive Änderungen möglich sind. Weiters wurde die Notwendigkeit der vielen gleichzeitigen Mitgliedschaften in diesem Bereich (Kleinregion, Leader-Region, Regionalmanagement, Regionaler Entwicklungsverband) in Frage gestellt.

Zur Kleinregion teilt Bgm. Resel mit, dass kommenden Mittwoch eine Kleinregionssitzung stattfindet. Es soll der Weiterbestand besprochen werden bzw. wie man in Zukunft regionale Themen begleiten und abhandeln kann.

Zum Thema Leader Region verteilt Bgm. Resel eine Informationsbroschüre.

Der Gemeinderat nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8.b) - Beratung und Beschlussfassung über Antrag gemäß Liegenschaftsteilungsgesetz – Teilungsplan Güterweg "Pühraweg".

Bgm. Resel berichtet über den vorliegenden Teilungsplan von DI Jonke und DI Kochberger, 3390 Melk, GZ. 4119-08 vom 30.09.2008, betreffend die Vermessung des Güterweges "Pühraweg".

Beschluss

Die Marktgemeinde St. Leonhard am Forst ersucht das Vermessungsamt St. Pölten um grundbücherliche Durchführung des Teilungsplanes GZ. 4119-08 vom 30.09.2008 des DI Jonke und DI Kochberger, 3390 Melk, nach den vereinfachten Sonderbestimmungen des § 15 des Liegenschaftsteilungsgesetzes.

Die betroffenen Eigentümer stimmen einer grundbücherlichen Durchführung des Teilungsplanes zu.

Abstimmung: Einstimmig.

Punkt 8.c) - Beratung und Beschlussfassung über Finanzierungsabwicklung betreffend Wasserversorgung.

Bgm. Resel berichtet über die noch offene Finanzierungsabwicklung betreffend die Wasserversorgungsanlagen.

Nach Rücksprache mit dem Land NÖ im Zuge der Voranschlagsberatungen wird empfohlen die offene Finanzierung 2008 mit einer Rücklagenentnahme zu überbrücken.

Die für 2008 geplante Darlehensaufnahme soll auf Grund der derzeit ungünstigen Entwicklung bei den Aufschlägen auf die Darlehensindikatoren erst für 2009 ins Auge gefasst werden.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt eine Rücklagenentnahme in Höhe von Euro 150.000,-- von der Allg. Rücklage zur Finanzierungsabwicklung des Vorhabens "Wasserversorgung" im Haushaltsjahr 2008.

Nach der im Voranschlag berücksichtigten Darlehensaufnahme für die WVA im Jahr 2009 muss der Betrag in Höhe von Euro 150.000,-- wieder der Allg. Rücklage rückgeführt werden. **Abstimmung:** Einstimmig.



Punkt 9.) - Subventionsansuchen.

Vizebgm. Beigelbeck berichtet über das Ergebnis der Beratung über die Subventionsansuchen. Das Dreierteam (GGR Gruber, GGR Lechner und Vizebgm. Beigelbeck) hat folgenden Vorschlag ausgearbeitet:

UNION

Gespräch hat am 9. Oktober 2008 mit der Vereinsführung stattgefunden. Vorschlag: Euro 4.000,-- für 2009

Freiwillige Feuerwehr Diesendorf

Am 29. Oktober 2008 fand ein Gespräch mit Vertretern der FF Diesendorf statt. Die beantragten Subventionen sollen gewährt werden.

Vorschlag: Euro 3.000,-- Jahressubvention 2008 und Euro 2.400,-- A.o. Subvention Ifd.Betrieb

Behindertenverband

Vorschlag: keine Förderung, mit Hinweis auf die örtlichen caritativen Einrichtungen

Chameleons

Zum 25-jährigen Bestandsjubiläum werden im Jahr 2009 neue Uniformen angeschafft (Auftrag an heimische Firma); Kostenpunkt Euro 12.307,--. Unterstützung für langjährige Tätigkeit als Verein bei Theresiakirtag, Adventdorf, Ferienspiel etc.. Vorschlag: Euro 8.000,-- einmalig für die Anschaffung der Uniformen

Katholisches Bildungswerk St. Leonhard am Forst

Unterstützung für die Referentenhonorare "Steine ins rollen bringen". Vorschlag: Euro 200,-- einmalig

Beschluss

Die beantragten Subventionen werden genehmigt.

Abstimmung: Einstimmig.

Bgm. Resel und Gde.Rat Wolf waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend und haben nicht mitgestimmt.

Zwei Ansuchen um Rückerstattung der Lustbarkeitsabgabe wurden im Rahmen der beschlossenen Richtlinien im Gemeindevorstand bereits behandelt.

Punkt 10.) - Berichte der Ausschussobleute.

Vizebgm. Beigelbeck:

Vermessungen beim Busumkehrplatz und Kirchenparkplatz wurden durchgeführt Bushaltestelle Lunzen – eine weitere Standortvariante wurde im Rahmen einer Verhandlung besprochen

Schlosspark – eine Begehung hat statt gefunden; ein Baumkonzept soll erarbeitet werden Wege im Park – derzeit werden die Wege angelegt; Herr Gastecker (Verkehrsverein) bringt viele Eigenleistungen ein

Gf.Gde.Rat Eder:

Wegeausschuss – Erhaltungsprogramm, die Wege wurden besichtigt Dank an den Schriftführer für die "optimalen" Protokolle

Grundstück "ehemalige Schottergrube" in Ritzenberg

Empfehlung – das Grundstück behalten und als naturnahen Lebensraum erhalten; die überstehenden Stauden zu den Nachbargrundstücken werden von den Anrainern entfernt



Schneeräumung – die Arbeitseinteilung wurde bereits durchgeführt Beschädigung von Gemeindestraßen durch Großbaustellen In Brandstatt bei Oed wird sich Herr Gde.Rat Wolf an den Sanierungskosten beteiligen. GGR Eder und Gde.Rat Wolf sprechen die notwendigen Arbeiten noch ab

Gf.Gde.Rat Motusz:

Start der Eislaufsaison – der Eislaufplatz hat seit 25.11. offen Park – für die Parksanierung und Teich werden Landesmittel zur Verfügung gestellt Aufnahme in das Projekt "Natur im Garten"

Gde.Rat Wolf:

Auf Anfrage von Gde.Rat Wolf teilt Vizebgm. Beigelbeck mit, dass Kostenbeiträge für Kanal-Rückstauklappen am Gemeindeamt beantragt werden müssen; in der Melkfeld-Siedlung wurde 1 zusätzlicher Straßeneinlauf versetzt.

Gf.Gde.Rat Lechner:

Schimeisterschaften – um Pokalspenden der Gemeinderäte wird gebeten Kindergarten – die BH Melk hat eine Inspektion durchgeführt

Gf.Gde.Rat Schönbichler:

Wasserrechtsverhandlungen für die Hochwasserschutzmaßnahmen in Aichbach und Großweichselbach wurden durchgeführt

Musikkapelle – Einladung zum Weihnachtskonzert am 20. Dezember

Gf.Gde.Rat Gruber:

St.Leonharder Advent – Einladung zu den Aktivitäten am kommenden Wochenende Neujahrsempfang – 2. Jänner 2009 im Volkshaus; Einladung zur Teilnahme

Bgm.Resel:

FF St. Leonhard – das neue Auto wurde letzte Woche entgegen genommen FF St. Leonhard – für 4. Dezember ist der Gemeinderat zu einer Besprechung eingeladen Sonderpädagogische Förderklasse/Schule&Therapie –

Eröffnung am 3. Dezember 2008, 11.30 Uhr Volkshaus; 15-18 Uhr Tag der offenen Tür Musikschulkonzert – kommenden Freitag, 19 Uhr in Ruprechtshofen

Bgm. Resel lädt abschließend zum Besuch der vorweihnachtlichen Veranstaltungen ein und wünscht allen Mitgliedern des Gemeinderates alles Gute für das neue Jahr 2009.

Dieses Protokoll bedarf der Genehmigung durch den Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung!